

AfD - Keine Partei der "kleinen Leute"!

Seite 2

Kuhn empfängt obersten Nato-Kriegshetzer

Seite 3

Pogromnacht 1938 - Gegen das Vergessen!

Seite 4

Beratung zum Stuttgarter Doppelhaushalt 2018/2019

Geld ist genug da!

Am 19. Oktober behandelte der Stuttgarter Gemeinderat in öffentlicher Sitzung den Entwurf des Doppelhaushalts für 2018 und 2019.

Das über 500 Seiten starke Dokument ist auf der Webseite der Stadt abrufbar.

Ja, mach nur einen Plan!

Die Pläne der Stadt entsprechen selten den realen Gegebenheiten. Welcher Mieter, welcher Verkehrsteilnehmer, welcher städtische Beschäftigte wüsste das nicht!

So ist es auch mit der Haushaltsplanung: Es wurde noch jedes Jahr lamentiert, dass gespart werden muss, um Risiken für die Finanzen der Stadt zu vermeiden. Doch was kommt jedes Jahr heraus? Man hat sich um 200 bis 250 Millionen Euro verschätzt.

So in 2015 um 245 Mio., in 2016 um 229 Mio., in 2017 nach dem Zwischenbericht zur Jahresmitte um voraussichtlich 76 Mio. Die regelmäßigen jährlichen Über-

schüsse führten dazu, dass die Rücklagen der Stadt zum Ende des Jahres 2019 sich insgesamt auf 1.822.657.000 € summieren werden. Geld auf dem Konto!

Demgegenüber betragen die Schulden der Stadt einschließlich ihrer Betriebe 483 Mio. Euro, das ergibt eine Pro-Kopf-Verschuldung von 774 Euro. Lächerlich im Vergleich zur Finanznot anderer Kommunen.

Sei nur ein großes Licht!

Im Gemeinderat zeigte man sich über die gute finanzielle Situation erfreut und gab sich spendierfreudig. Es müssten nun die großen und wichtigen Bereiche „Personal“, „Mobilität“ und „Wohnungsbau“ angegangen werden.

Am guten Willen darf jedoch gezweifelt werden: war/ist die Gemeinderatsmehrheit doch für die Sparexesse der vergangenen Jahre verantwortlich.

Fortsetzung Seite 2

Bundestagswahl 2017

Die AfD wird gebraucht - fragt sich nur, von wem!

Der Bundestagswählerfolg der AfD war kein „Betriebsunfall“. So dient die AfD als Deckmantel und angebliche Bedrohung an der „rechten Flanke“, während die Regierungsparteien schon längst eine Politik umsetzen, die Tausende im Mittelmeer ersaufen lässt oder die menschenunwürdigen Zustände in libyschen Flüchtlingslagern in Kauf nimmt, Schutzbedürftige in alles andere als „sichere Herkunftsländer“ abschiebt und Flüchtende zum Lohndumping gegen andere Lohnabhängige ausnützt. Auch die im Gespräch befindliche - nicht mehr Obergrenze genannte - Obergrenze von 200 000 Flüchtlingen entspricht dieser Politik. Genauso die Verschärfung der Asylbestimmungen als Heilmittel gegen Rechtsradikale, deren Attacken auf Flüchtlingsunterkünfte in Wirklichkeit erst die Grundlage für solche Verschärfungen bieten. Die AfD ist nicht vom Himmel gefallen, sondern hat sich aus enttäuschten Nationalisten der rechten Flügel verschiedener bürgerlicher Parteien formiert. Und man sollte sich fragen, wem es nützt, wenn berechnete Unzufriedenheit und Kritik an den Verhältnissen rechtsradikal und systemerhaltend fehlgeleitet werden, anstelle in antikapitalistisches Bewusstsein und Klassenkampf zu münden.

Wahlkampfhilfe durch die angeblich politischen Gegner

Die AfD tritt als Anwalt derer auf, die durch die sozialen Demontagarbeiten im Zuge der sozialdemokratisch initiierten Agenda-Politik verunsichert wurden. Die offiziell von bürgerlichen Parteien und Medien verteufelte Partei hat jedoch anstatt einer Oppositionsfunktion einen Antriebseffekt für reaktionärer werdende Regierungspolitik. Ihre Sozialpolitik besteht in der Abschaffung der Erbschafts- und Vermögenssteuer, dem

Fortsetzung Seite 2



Proteste anlässlich der Haushaltsberatungen am 19.10.

So wurden jahrelang wichtige Maßnahmen unterbunden, wurde der städtische Wohnungsbestand der Profitmaximierung überantwortet, wurden die Beschäftigten der Stadt krank gewirtschaftet und wurde den Stuttgarter Schulkindern zugemutet, sich vor Ekel über die Stuttgarter Schultoiletten das Pinkeln zu verheben.

Ausnahmen wurden und werden nur gemacht, wenn es um die Versorgung der ortsansässigen Konzerne und Spekulanten und um Prestigeprojekte (wie S21) geht. Der vornehmen Stuttgarter Gesellschaft ist man gerne gewogen, fühlt man sich ihr doch selbst zugehörig.

Und mach dann noch'nen zweiten Plan

Beim Doppelhaushalt 18/19 möchte die Verwaltung nun den Eindruck erwecken, dass es in Zukunft bei den großen Projekten am Geld nicht scheitern werde. Es werden Personalstellen versprochen, es wird zugesagt, sich um die Herausforde-

des Hochbauamts erst im Jahr 2026 vollständig abgearbeitet werden.

Gehn tun sie beide nicht. (Bertolt Brecht)

Die Ursache für die Misere liegt für uns Kommunisten woanders:

Die Kommunalverwaltung wurde wie jede öffentliche Verwaltung im Zuge der Ökonomisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens systematisch heruntergewirtschaftet.

Das gleiche passiert bei Finanzämtern, Krankenhäusern und Bildungseinrichtungen, wo notwendige Arbeitskräfte nicht eingestellt werden. Die Infrastruktur (Straßen und Brücken, das Schienennetz, Hochschulen, Bibliotheken...) lässt man verrotten.

Bedürfnisse des Menschen werden daran gemessen, ob möglichst viel Profit zu erzielen ist – siehe Einrichtungen der Daseinsvorsorge, Wasser und Energie, Gesundheitswesen, Sport, Kultur und Unterhaltung.

Hofieren der Bestverdienenden und Verschlechterungen bei der Rentenversicherung. Sie ist Sammelbecken des Volkszorns, der nicht nur durch die AfD, sondern auch von den Medien auf Migranten und Langzeitarbeitslose fehl gelenkt wird. Unter der Vorgabe, diese Partei als rechte Gefahr darzustellen, wurde ihre Omnipresenz in Talkshows und bürgerlicher Presse zur Wahlkampfhilfe.

Partei der kleinen Leute?

In den Betrieben greift Standortpolitik und Konkurrenzdenken immer weiter um sich. Diese Entsolidarisierung führt zu einer erschreckend hohen Zahl an Gewerkschaftsmitgliedern, die mit der AfD sympathisieren. Die AfD präsentiert sich als „Partei des kleinen Mannes“; deren Mitglieder sind jedoch vornehmlich gut betuchte Akademiker, Großindustrielle und Adelige. Sie greifen die Ängste vor der Globalisierung auf, sind aber neoliberal bis auf die Knochen. Sie distanzieren sich vorgeblich von den NS-rhetorischen Ausfällen ihrer Spitzenkandidaten, bilden aber real ein Bindeglied zu offen rechtsradikalen, neofaschistischen Kreisen.

Zudem hat die Nichtregierungsorganisation Lobbycontrol herausgefunden, dass die „Partei der kleinen Leute“ von ziemlich großen Leuten finanziert wird. Seit dem letzten Jahr haben anonyme Spender großzügige sechs Millionen Euro in die Wahlkampffinanzierung der AfD fließen lassen. Unter anderem die Schweizer PR-Agentur Goal AG, die bereits die rechtsradikale Schweizer SVP umfangreich unterstützt hat. Des weiteren der Mövenpick-Magnat Baron August von Finck, der mit dem käuflichen Erwerb des Namens Degussa in das Goldgeschäft einsteigen will.



Degussa lieferte im Dritten Reich Zyklon B für die Gaskammern im

Tausch gegen eingeschmolzenes Zahn-gold.

Den AfD-Protestwählern sollte bewusst werden, wem sie da vertrauensvoll ihre Stimme gegeben haben und in was für ein paradoxes und gefährliches Fahrwasser sie sich zum Nutzen einer allmählich autokratisch werdenden BRD begeben.

Die Alternative zum Kapital ist sozial – nicht rechtsradikal!



rungen Mobilität und Wohnungsnot nun kümmern zu wollen.

Aber langsam!

Wenn es am Geld nicht mehr scheitern muss, ist noch nichts gewonnen:

Personalstellen können mangels Bewerbern nicht besetzt werden - kein Wunder bei der Bezahlung und den Stuttgarter Mieten.

Sozialer Wohnungsbau scheitert, weil geeignete Flächen für S21, Banken und Konzerne reserviert sind.

Instandsetzungen und Erneuerungen in den Schulen können wegen Überlastung

Deshalb ist es das Beste, die Stadt nicht den Stadträten zu überlassen. Davon, dass einige Betroffene am 19. Oktober vor dem Rathaus lautstark protestiert haben, waren viele der hohen Damen und Herren sichtlich angefressen. Sie haben sich ganz ungeniert die Beratungen im stillen nichtöffentlichen Kämmerlein zurückgewünscht.

Spätestens zur Verabschiedung des Doppelhaushalts am 15. Dezember sollten wir wieder auf dem Marktplatz sein. An den Taten wollen wir sie messen! Die Stadt muss uns allen gehören!

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.
DKP Stuttgart, Spendenkonto: IBAN: DE03600501010002078906 BIC: SOLADEST600

OB Kuhn empfängt obersten Nato-Kriegshetzer

General Scaparrotti, aktueller NATO-Oberbefehlshaber und EUCOM-Chef, fordert mehr US-Panzer in Europa und die Bereitschaft, „schon am Abend“ Krieg gegen Russland zu führen. Anlässlich seines Antrittsbesuchs im Stuttgarter Rathaus trug er sich ins goldene Buch der Stadt ein. Scaparrotti bedankte sich und hob die strategische Bedeutung Stuttgarts für das US-Militär hervor. Es gebe weltweit keine Stadt, die in dieser Hinsicht wichtiger sei. Kuhn äußerte zwar die „Besorgnis“ von Teilen der Stuttgarter Bevölkerung angesichts der aktuellen US-Präsidentschaft, betonte aber trotz alledem, die Stadt Stuttgart und die amerikanischen Streitkräfte hätten stets in freundschaftlicher Anerkennung zusammengearbeitet und fügte hinzu: „Das war so und das wird immer so bleiben“.

Empfänge beenden! EUCOM und AFRICOM schließen!

Sowohl der Grüne OB Kuhn als auch der Grüne Ministerpräsident Kretschmann wissen um die Kriege, die von Stuttgart ausgehen. Sie stehlen sich aus der Verant-

wortung. Die Mitgliedschaft Stuttgarts bei „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) ist zum Feigenblatt geworden. Wie ernst meint es BM Wölfle eigentlich, wenn er sagt, „wir hoffen mit unserem Engagement dazu beizutragen, dass von hier niemals der Befehl zum



Einsatz der in Europa gelagerten Atomwaffen ausgeht“?

50 Jahre EUCOM sind 50 Jahre zu viel!

US-Präsident Trump droht Nordkorea offen mit der „totalen Zerstörung“ (und sein Vorposten, die amerikanische UN-Botschafterin Haley, droht fast in gleicher Weise dem Iran). Welche Rolle spielt das EUCOM bei einem etwaigen Angriff auf Nordkorea? Immerhin reicht das Einsatzgebiet des EUCOM bis an die russisch-nordkoreanische Grenze. Der

Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats, der Republikaner Bob Corker, sagte in einem Interview mit der amerikanischen Zeitung „The New York Times“: „Der US-amerikanische Präsident Donald Trump kann die Vereinigten Staaten auf den Weg zum 3. Weltkrieg bringen.“

Südkorea wird mit deutschen Waffen aufgerüstet.

Deutsche Rüstungskonzerne sind ganz vorne mit dabei: Die in Bayern hergestellten bunkerbrechenden Hightech-Waffen vom Typ "Taurus" können als Erstschlagswaffen eingesetzt werden, um Nordkorea das Fürchten zu lehren.

Aktiv werden für den Frieden wird immer dringender.

Der Friedensnobelpreis für ICAN, die Internationale Kampagne für die Abschaffung der Atomwaffen, kann uns Kraft geben und Mut machen, z.B. gegen die geplante Militärmesse ITEC in der Messe Stuttgart zu protestieren oder gegen das Militäradvantskonzert in der Lutherkirche in Cannstatt am 5. Dezember. Wir müssen deutlich mehr Druck auf die Bundesregierung ausüben, endlich auch den Atomwaffen-Verbots-Vertrag der UNO zu unterzeichnen! Tragen wir gemeinsam dazu bei, dass die Millionen, die die Friedensbewegung im Geiste unterstützen, dies auch durch eigene Aktivität kundtun. Letztlich sind Millionen stärker als die (Rüstungs-)Millionäre und ihre PolitikerInnen!

UZ UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP

Rote Fahnen
sieht man besser!

Jetzt **4 Wochen
kostenlos
probelesen!**

Name Vorname

PLZ / Ort / Straße Nr.

E-Mail

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484

www.unsere-zeit.de

Einladung zu den Treffen der DKP

Gruppe Nord:

Di. 07.11.2017, Di. 21.11.2017 und Di. 05.12.2017
19.00 Uhr, Bürgerzentrum Feuerbach, 1. Stock,
Stuttgarter Str. 15 bei OBI, Eingang Roserplatz
(Haltestelle Feuerbach Bahnhof)

Gruppe Cannstatt:

Di. 14.11.2017 und Di. 12.12.2017, 19.00 Uhr,
Gaststätte Äquator, Kreuznacher Str. 57, Cannstatt
(Nähe Wilhelmsplatz)

Gruppe Gesundheitswesen:

Di. 21.11.2017, um 19.00 Uhr,
Linkes Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105,
Stuttgart-Heslach, Eingang Taubenstr.
(Haltestelle Erwin-Schöttle Platz)

Gruppe Süd:

Zu erreichen über: sued@dkp-stuttgart.org



10. NOVEMBER 2017 | 19:00

LINKES ZENTRUM LILLO HERRMANN
BÖBLINGER STR. 105
U+U14 ERWIN-SCHÖTTLE PLATZ

SDAJ **DKP**
Stuttgart Stuttgart-Süd



Die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ jährt sich am 7. November zum 100sten Mal. Dies ist ein guter Grund, um sich an dieses einschneidende historische Ereignis zu erinnern. Referieren wird Beate Landefeld, Autorin des Einführungswerks „Revolution“, erschienen im Pappy Rossa Verlag. Sie wird folgenden Fragen nachgehen: Welche Eigenschaften muss eine „Revolution“ haben? Was macht eine „revolutionäre Situation“ aus? Warum konnte sich im relativ rückständigen Russland eine Revolution ereignen? Was hat die Oktoberrevolution mit heutigen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu tun?

Lehren der Pogromnacht 1938 sind immer noch aktuell!

Die Pogromnacht am 9.11.1938 war ein wesentlicher Schritt des faschistischen Staatsapparates zur Verrohung und Enthemmung der antisemitischen und rassistischen Bevölkerungsteile in Deutschland. Synagogen wurden angezündet und am Folgetag jüdische Geschäfte geplündert, zehntausende jüdische Menschen gejagt, in KZs verschleppt und über 100 ermordet. Vorher wurden bereits Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und andere Missliebige verfolgt und in den Konzentrationslagern umgebracht. Die Pogromnacht diente dazu, das Herrenmenschendenken gegenüber der jüdischen Bevölkerung zu verfestigen, politisch Andersdenkende einzuschüchtern und in letzter Konsequenz die Kriegsbereitschaft zur „Eroberung von Lebensraum im Osten“ zu erhöhen. Damit wurde ein imperialistischer Vernichtungskrieg vorbereitet, von dem u.a. die deutsche Rüstungsindustrie profitierte, der zur Eroberung von Rohstoffquellen in Osteuropa diente und der die gnadenlose Ausbeutung von Zwangsarbeitern als Arbeitsklaven ermöglichte. Der im Interesse des deutschen Großkapitals geführte Krieg hatte Millionen von Toten zur Folge.

Diese Zusammenhänge dürfen niemals in Vergessenheit geraten und sind immer noch aktuell. Heute wird gegen „den Islam“ und Flüchtlinge gehetzt, sitzt die rechtspopulistische AfD im Bundestag und werden Anschläge auf Flüchtlingsheime verübt. Auch die Staatsmacht wird, wie beispielsweise bei den G20-Protesten, immer autoritärer. Mit der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft, forcierter Aufrüstung und weltweiten Bundeswehreinsetzungen von Mali bis vor die Grenze Russlands wird nun auch Krieg als Mittel zur Durchsetzung imperialistischer Interessen wieder aktuell.

Wehret den Anfängen!

Weiterhin gilt die Losung der Gefangenen des KZ Buchenwald: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“



GEDENKVERANSTALTUNG IN CANNSTATT
ZUR POGROMNACHT 1938

**Donnerstag, 9. November 2017 ab 18.00 Uhr
am Platz der ehemaligen Cannstatter Synagoge**
König-Karl-Straße 45/47 – U-Bahn Haltestelle Bad Cannstatt
Wilhelmsplatz

Mit Reden von: Bernhard Löffler (Geschäftsführer DGB-Region
Nordwürttemberg),

Harald Stingele (Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber e.V.),
VertreterIn des Antifaschistischen Aktionsbündnis Stuttgart und Region
(AABS)

Kulturprogramm: Freier Chor Stuttgart mit antifaschistischen Liedern
Anschließend:

Filmvorführung – Zeitzeugen im Interview mit Stuttgarter Jugendlichen
ab 19.00 Uhr

im Bezirksrathaus – Marktplatz 10, 70372 Stuttgart-Bad Cannstatt